



Globale Gerechtigkeit braucht eine faire Finanzierung

Empfehlungen an die Bundesregierung zur Umsetzung der Sevilla-Verpflichtungen

Im Juli 2025 vereinbarten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen bei der vierten internationalen Entwicklungsfinanzierungskonferenz mit den Sevilla-Verpflichtungen (Compromiso de Sevilla) einen neuen Rahmen für die internationale Finanzierung nachhaltiger Entwicklung.

Mit den Sevilla-Verpflichtungen sollen in den kommenden Jahren die großen Finanzierungsherausforderungen der globalen nachhaltigen Entwicklung bewältigt werden: steigende Schulden, sinkende Investitionen und geringere öffentliche Mittel der Entwicklungszusammenarbeit (ODA) sowie die Reform der internationalen Finanzarchitektur. Die Sevilla-Verpflichtungen sollen dazu beitragen, Millionen von Menschen aus der Armut zu befreien und mehr Geld für Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildung verfügbar zu machen.

VENRO misst die Glaubwürdigkeit dieser Verpflichtungen an den konkreten Ergebnissen bei der Umsetzung. Die Verpflichtungen von Sevilla sind ein Prüfstein für die globale Solidarität.

Zu deren Umsetzung sollte die Bundesregierung folgende Maßnahmen ergreifen:

Inländische Ressourcen mobilisieren

- Die Länder im Globalen Süden beim Auf- und Ausbau progressiver, gender- und umweltsensibler Besteuerungssysteme unterstützen. Sie muss dazu beitragen, bis 2030 die internationale Un-

terstützung für die inländische Ressourcenmobilisierung zu verdoppeln.

- Aktiv und konstruktiv zur Ausgestaltung einer global gerechten UN-Rahmenkonvention für internationale Besteuerung beitragen. Vor allem muss sie sich dafür einsetzen,
- steuerbezogene illegitime Finanzströme, einschließlich der Steuervermeidung und -hinterziehung von Hochvermögenden sowie der Gewinnverschiebung durch multinationale Unternehmen, einzudämmen beziehungsweise zu verhindern,
- die länderbezogene Berichterstattung durch eine zentrale öffentliche Datenbank zu fördern,
- Transparenz über ein Globales Register der wirtschaftlich Begünstigten sicherzustellen.

Menschenrechte bei der Risikoteilung und innovativen Finanzierungsmodellen schützen

- Bei der Erhöhung der Mobilisierungsquote von privatem durch öffentliches Kapital bis 2030 sicherstellen, dass bei risikoteilenden und Mischfinanzierungsinstrumenten private Mittel ausschließlich für nachhaltige Investitionen eingesetzt werden, die Menschenrechte, Umwelt und Klima schützen. Sie muss für ihre eigenen Instrumente, unter anderen für Scaling for Capital for

Sustainable Development (SCALED), entsprechende Kriterien und ein wirksames Monitoring-System entwickeln und dazu beitragen, dass ähnliche Instrumente, etwa vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, diesen Anforderungen entsprechen.

ODA-Mittel wieder erhöhen

- Die ODA-Quote wieder auf mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens und 0,2 Prozent für die am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) erhöhen.
- Unterstützen, dass die Klimafinanzierung bis 2035 auf 1,3 Billionen jährlich erhöht wird und sicherstellen, dass bei den finanzierten Anpassungsmaßnahmen soziale Aspekte berücksichtigt werden, um insbesondere vulnerable und marginalisierte Bevölkerungsgruppen wirksam vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

Verschuldung reduzieren und Schuldentragfähigkeit erreichen

- Einen fairen, transparenten, inklusiven und vor allem rechtsverbindlichen multilateralen Entschuldungsmechanismus unterstützen, der eine verbindliche Regelung für den gesamten Schuldenzyklus vorsieht, beispielsweise im Rahmen einer UN-Rahmenkonvention über Staatsschulden. Bis dahin sollte die Bundesregierung mindestens folgende Vereinbarungen aus Sevilla umsetzen:
 - Die Reform der internationalen Schuldenarchitektur in einem zwischenstaatlichen UN-Prozess unterstützen. Dabei sollte sie sicherstellen, dass dieser nicht im G20 Sovereign Debt Roundtable aufgeht, sondern inklusiv auf UN-Ebene stattfindet.
 - Sich für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Entwicklung freiwilliger Leitlinien für eine verantwortungsvolle Kreditaufnahme

und -vergabe einsetzen. Diese soll beim FfD-Forum 2026 einen Entwurf und beim FfD-Forum 2027 einen Endbericht vorlegen. Die Leitlinien müssen mindestens rechtlich verbindliche Standards für mehr Transparenz bei Kreditverträgen enthalten, einschließlich der Veröffentlichung aller wesentlichen Vertragsbedingungen in einem öffentlichen Register. Außerdem müssen die Leitlinien die Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsprüfungen als verpflichtende Bedingung für neue Kreditvergaben festschreiben, um sicherzustellen, dass diese nicht auf Kosten sozialer Grundrechte oder ökologischer Nachhaltigkeit erfolgen.

- Ein nationales Gesetz auf den Weg bringen, das den Schutz von Schuldnerländern gegenüber unkooperativen privaten Gläubigern erhöht. Es sollte eine automatische Zahlungseinstellung bei Beginn von Restrukturierungsverhandlungen vorsehen. Die Bundesregierung sollte dabei an die Initiativen in der vorherigen Legislaturperiode zur Schaffung eines sogenannten „Sicheren-Hafen-Gesetzes für Schuldnerstaaten“ anknüpfen. Sie sollte sich darüber hinaus für eine entsprechende Regelung auf EU-Ebene einsetzen.
- Die Schaffung eines globalen Schuldnerregister unterstützen und dabei einbringen, dass dieses mit durchsetzbaren Regeln zur Erzwingung von Transparenz unterfüttert wird. Dabei sollte fehlende Transparenz auf Gläubigerseite sanktioniert werden – zum Beispiel dadurch, dass nicht öffentlich gemachte Forderungen nicht mehr eingeklagt werden können.

Internationale Finanzarchitektur gerechter gestalten

- Die Erhöhung der IWF-Basis-Stimmrechte in dem Maße unterstützen, dass die gleichberechtigte Mitbestimmung von Ländern des Globalen Südens gewährleistet ist.

- Bei IWF und Weltbank darauf hinwirken, dass sie ihre Arbeit systematisch an Menschenrechten, einschließlich der wirtschaftlichen und sozialen Grundrechten, ausrichten.
- Die Weitergabe beziehungsweise Umleitung von mindestens der Hälfte der Sonderziehungsrechte an Länder des Globalen Süden unterstützen. Sie selbst muss die Abgabe ihrer Sonderziehungsrechte bis spätestens 2027 durch eine klare Regelung ermöglichen.
- Das High-Level-Meeting (HLM) zu Kreditratings unterstützen – mit dem Ziel, eine öffentliche internationale Ratingagentur zu schaffen. Das HLM soll einen verbindlichen Fahrplan inklusive Zeitrahmen für die Einrichtung einer solchen Agentur erarbeiten.
- Weitere Forschungen und einen Bericht der UN zu den Folgen von Risikogewichtungen vorantreiben, der insbesondere die Auswirkungen von Risikogewichtungen auf der Finanzierung von Kleinst-, Klein- und Mittelständischen Unternehmen und von Infrastruktur, aber auch auf öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur wie Schulen, Gesundheitseinrichtungen untersucht.

Dieser Bericht sollte der UN bis spätestens 2027 veröffentlicht werden. Unterdessen sollte eine Regelung geschaffen werden, die Banken dazu verpflichtet, Risikoprämien als zurückzuzahlende Sicherheiten zu akzeptieren, um die Kreditkosten für Länder im Globalen Süden zu senken.

Monitoring und Follow-up sichern

- Zum Stand der Umsetzung der Sevilla-Verpflichtungen mindestens einmal pro Legislaturperiode öffentlich berichten, erstmals 2027 und anschließend im Rahmen des Freiwilligen Staatenberichts zur Umsetzung der Agenda 2030 auf dem Hochrangigen Politischen Forum (HLPF) der UN im Jahr 2029.
- Eine ressortübergreifende Plattform für internationale Entwicklungsfinanzierung einrichten, die an die Nachhaltigkeitsarchitektur zur Umsetzung der Agenda 2030 angeschlossen ist sowie eine nationale Anlaufstelle für Entwicklungsfinanzierung zu schaffen.
- Regelmäßige Dialogforen zur Umsetzung der Sevilla-Verpflichtungen anbieten, unter Einbindung der Zivilgesellschaft sowie anderer relevanter Stakeholder.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
Deutsche Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin
Tel.: 030/2 63 92 99-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion

Dr. Sonja Grigat, Kristina Rehbein, Christian Gröber,
Ute Straub, Dr. Verena Kröss, Justyna Szambelan

Endredaktion

Janna Völker

Berlin, 11. Dezember 2025